

Wolfgang Thierse

Um unserer Demokratie willen

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Deutschland

Seit 1989 muss sich Deutschland einer »doppelten« Aufarbeitungs- und Erinnerungsarbeit stellen. Doch wie sollte, wie kann demokratische Geschichtspolitik aussehen und was wurde in dieser Hinsicht bisher geleistet?

Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident. Er ist zudem Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Am 3. Oktober 2010 war der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. 20 Jahre – das ist der Zeitraum einer Generation! Auch nach so langer Zeit sind bei vielen Berlinerinnen und Berlinern die Bilder und Gefühle der jahrzehntelangen Trennung noch tief im Gedächtnis lebendig. Doch wer heute Berlin besucht oder nach 1989 aufgewachsen ist, findet in der Stadt kaum noch Spuren der Mauer. Niemand weint diesem zynischen Bauwerk eine Träne nach, aber ihre nahezu vollständige Beseitigung erschwert die Vermittlung eines authentischen, auch sinnlichen Eindrucks, erschwert die Nachvollziehbarkeit der deutschen Teilung mit all ihren schlimmen Konsequenzen für den Alltag der Menschen. Die nachgebildete Mauerlinie in den Gehwegplatten mag hilfreich sein, ermöglicht aber keine konkrete Vorstellung davon, was die Mauer einmal für das Leben der Menschen in Berlin bedeutete. Rund um das Brandenburger Tor gibt es heute Erinnerungs- und Gedenkstätten, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, die Berliner Mauer aber – als authentischer Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur – wurde weitgehend abgetragen und aus dem Stadtbild verbannt. Inzwischen werden mühsam Mauergedenk-

stätten neu gebaut und Erinnerungsorte an die Opfer des Kommunismus neu eingerichtet.

An die geschichtliche Erfahrung der Nazi-Diktatur auf deutschem Boden, an Opfer und Täter, an Ursachen und Folgen zu erinnern, sie konsequent aufzuarbeiten, das gehört als konstitutives Element zu unserem demokratischen Selbstverständnis. Nicht zu verdrängen und zu leugnen, also auch nicht dem »spontanen«, sich immer wieder einstellenden Verlangen nachzugeben, die furchtbaren Naziverbrechen zu beschönigen und zu vergessen – das gehört zum moralischen Fundament der Bundesrepublik und nur deshalb konnte sie als Demokratie gelingen.

Für eine lebendige demokratische Erinnerungskultur

Seit 1989 haben wir Deutsche nun die Verpflichtung zu einer »doppelten« Aufarbeitungs- und Erinnerungsarbeit. Zwei verschiedene Vergangenheiten sind zu erinnern, gegensätzliche Geschichtsbilder wirken nach, die erlebte Geschichte der DDR ist noch Teil der Biografien lebender Menschen. Die Vereinigung der Erinnerungen und die Entwicklung einer gemeinsamen Gedenkkultur sind offensichtlich ein durchaus schwieriger Teil des deutschen Vereinigungsprozesses und des europäischen auch. Sowohl das Erinnern an die Naziverbrechen, als auch an die Verbrechen des stalinistischen Kommunismus – beides gehört in die Erinnerungsgemeinschaft

Deutschland, in die Erinnerungsgemeinschaft Europa! Aber soll und darf Gedenken von oben organisiert, staatlich verordnet werden? Sind die differenzierenden Erinnerungen überhaupt zu vereinigen, gar zu vereinheitlichen? Solcherart autoritäre Versuche gehörten zur kommunistischen Vergangenheit, sie sind zudem nie sonderlich geglückt. Der autoritäre Gestus passt nicht zu einer Demokratie, dekreterische und inhaltlich-normative Festlegungen der Geschichtsinterpretation ebenso wenig. Wenn schon Geschichtspolitik, dann deliberative Geschichtspolitik! Die Vielfalt der (individuellen und kollektiven) Erinnerungen, die Diskussion über deren Interpretation in Wissenschaft, Künsten und politischer Öffentlichkeit, die unausweichlich notwendigen Rituale und Einrichtungen des Erinnerns und der Weitergabe der Erinnerungen – das alles zusammen macht eine lebendige demokratische Erinnerungskultur aus. Für deren Rahmenbedingungen, also deren institutionelle und finanzielle Grundlagen, sind allerdings politische Entscheidungen notwendig.

Geschichtspolitische Entscheidungen für die Zukunft des Erinnerns

In diesem Sinne hat der Deutsche Bundestag seit der Wiedervereinigung mindestens drei große geschichtspolitische Entscheidungen getroffen. Ihnen allen sind langjährige zivilgesellschaftliche Debatten vorausgegangen, die das Parlament aufgenommen und zu Entscheidungen geführt hat. Der Beschluss über den Bau des Holocaust-Mahnmals – der letzte des Bundestages 1999 in Bonn – war die Entscheidung für ein *erstes* gemeinsames Erinnerungsprojekt des wiedervereinten Deutschlands und Ausdruck dafür, dass sich das geeinte Deutschland zu seiner Geschichte bekennt, indem es im Zentrum seiner Hauptstadt an das größte Verbrechen seiner Geschichte erinnert. In jener Stadt, die zwar nicht der

Ort des Massenmordes war, von der aus aber die systematische millionenfache Tötung von Menschen erdacht, geplant, organisiert, verwaltet wurde. Dass diese Entscheidung richtig war, zeigen die hohen Besucherzahlen und die von vielen nicht erwartete große Akzeptanz des Denkmals.

Die *zweite* Entscheidung: Die rot-grüne Bundesregierung hat 1999 – angesichts der föderalen Zuständigkeit für Kulturpolitik zuvor gänzlich undenkbar – eine nationale Gedenkstättenkonzeption entwickelt, die im Jahr 2008 nach intensiver Diskussion novelliert wurde. Sie ist der Versuch, mit unserer »doppelten« deutschen Erbschaft – dem Nationalsozialismus und der SED-Diktatur – verantwortlich umzugehen und jeder Versuchung zu widerstehen, das eine Erbe gegen das andere auszuspielen oder das eine im Blick auf das andere jeweils zu relativieren oder zu bagatellisieren. Dafür hat der Bund die Verantwortung übernommen mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen. KZ-Gedenkstätten, sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern, werden vom Bund dauerhaft finanziell gefördert, Dauerausstellungen wurden erneuert. Der Bund fördert den Umbau der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße, wo ein Teil des Todesstreifens erhalten ist und historische Spuren nachgezeichnet werden. Im Tränenpalast mitten im Zentrum Berlins entsteht eine Ausstellung zur Teilung Deutschlands. Weitere Gedenkstätten und Erinnerungsorte werden vom Bund finanziell unterstützt.

Die *dritte* bedeutende geschichtspolitische Entscheidung war der Beschluss über den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals. Wie andere Völker brauchen wir Deutsche wohl auch zur Selbstvergewisserung und Selbstermunterung nicht nur die Erinnerung an die katastrophalen Seiten unserer Geschichte, sondern auch den Bezug auf positive geschichtliche Entwicklungen. Die Erinnerung daran, dass auch Deutschland eine Freiheitsgeschichte hat, dass es in Deutschland eine erfolgreiche,

friedliche Revolution gegeben hat, an die zu erinnern sinnvoll ist, das war das Motiv für diese Entscheidung. Dieses Mahnmal unseres historischen Glücks soll uns nicht vergessen lassen, wie kostbar und verletzlich Freiheit und Einheit sind und wozu uns unser nationales Glück verpflichtet.

Entscheidend bei geschichtspolitischen Beschlüssen ist die Frage, wie demokratisch, wie kontrovers, wie transparent sie getroffen werden. Das Beispiel der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« zeigt, wie wichtig Transparenz ist. Das Projekt kann nur dann an Akzeptanz – vor allem bei unseren europäischen Nachbarn – gewinnen, wenn das Ausstellungskonzept in einem breiten öffentlichen und wissenschaftlichen Kreis diskutiert wird. Das Beispiel illustriert auch, wie schwierig es ist, eine angemessene Form der Erinnerung an Opfer und Täter zu finden, ohne dabei in den Verdacht der Relativierung eigener Verantwortung zu geraten.

Wie wenig abgeschlossen und politisch brisant die Aufarbeitung der deutschen Ver-

gangenheiten ist, das belegt einmal mehr die kürzlich veröffentlichte Studie über die Verstrickungen des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus. Das belegen aber auch die Debatten über die Stasi-Vergangenheit von Abgeordneten des Brandenburger Landtages und die aktuelle Diskussion um die erneute Verlängerung der Überprüfungsfrist für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Historische Aufklärung ist kein Selbstzweck

Jede Generation muss einen eigenen Zugang zur Geschichte und eigene Formen der Erinnerung und des Gedenkens finden. Wir sind gegenwärtig in einem Generationenwechsel: Nationalsozialismus, Krieg und organisierter Völkermord sind immer weniger lebendige Erfahrung von Zeitzeugen und werden immer mehr zu Ereignissen der Geschichte. Sie wechseln von persönlicher, individuell beglaubigter Erinnerung in das

durch Wissen vermittelte kollektive Gedächtnis. Was heute noch in großer Eindringlichkeit Zeitzeugen erzählen können, müssen in Zukunft Gedenkstätten, Museen, Geschichtsbücher, Kunstwerke vermitteln. Für das Gelingen dieses Wandels trägt demokratische Geschichtspolitik Verantwortung.

Historische Aufklärung ist kein Selbstzweck; sie ist notwendig um der Zukunft unserer Demokratie willen. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf »nachwachsende« Demokraten – gerade mit Blick auf die wachsende Politikverdrossenheit und die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien. Historische Aufklärung kann und soll politisches Bewusstsein schaffen. Das Entsetzliche der nationalsozialistischen Verbrechen und die Erfahrung kommunistischer Unfreiheit müssen so vermittelt werden, dass sie auch mit dem Herzen erfahren und begriffen werden und auch künftig zur Empathie mit den Opfern führen. Insofern ist Gedenken immer mehr als aufgeklärtes Wissen.

Besonders jungen Menschen sollten wir historisches Wissen so vermitteln, dass

sie eine Beziehung zur Gegenwart herstellen können. Es geht nicht um die Übertragung von Schuld, gar von Schuldgefühlen, sondern darum, moralische Sensibilität und politische Verantwortung für die Gegenwart zu vermitteln. Betroffenheit, die bloß ratlos macht, Wissen, das folgenlos bleibt – solcherart Ergebnisse von Erinnerungsarbeit sind nicht menschengemäß und gesellschaftlich wirkungslos, im schlimmsten Falle sogar kontraproduktiv. Wenn wir heute über angemessene Formen des Erinnerns nachdenken, geht es darum, die Gefährdungen der Demokratie, die Mechanismen von Stigmatisierung und Ausgrenzung, die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Intoleranz und Rassenwahn zu begreifen und mit diesem Wissen und Empfinden die Gegenwart zu beobachten und in ihr zu handeln.

Hannah Arendt sagte: »Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen, was sich daraus – für heute ergibt.«